

Offener Brief an Burkhard Jung

(Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und hier in seiner Funktion als Präsident vom Deutschen Städtetag angesprochen, seit 18.11.2021 Vize-Präsident)

"Wir müssen alles tun, um noch mehr Menschen fürs Impfen zu motivieren und die Impfquote zu steigern" – dieses Statement auf der Internetseite des Deutschen Städtetags ist frappierend. Eine nähere Betrachtung ist angezeigt und notwendig. Was heißt „Wir müssen alles tun...“ im Kontext der massiven staatlichen Eingriffe in die freiheitliche Ordnung unserer Republik, welche wir seit Beginn der Corona-Krise erfahren haben? Sehr geehrter Herr Burkhard Jung, erklären Sie sich bitte.

Ihre Ausführungen gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa) wirken einer freien Gesellschaft diametral entgegen und sind meines Erachtens grundgesetzfeindlich. Grundrechte und Menschenrechte sind unabdingbar, unverhandelbar und müssen besonders in Krisenzeiten geachtet werden. An *dieser* Stelle ist ein „Müssen“ geboten, denn es handelt sich hier um Freiheitsrechte sowie um Abwehrrechte zur Erhaltung der persönlichen Autonomie, sprich Selbstbestimmung. Bitte rufen Sie sich als Sozialdemokrat Artikel 2 des Grundgesetzes in Erinnerung: „(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Wie weit sind Sie bereit zu gehen und wie weit sind Sie bereits gegangen, um Ihr „Müssen“ umzusetzen?

Ihre Forderung zur Ausweitung der sogenannten 2G-Regelung und die Aussage, dieses „...schafft mehr Sicherheit und Normalität“, sind erschreckend. Die Ausgrenzung von gesunden Menschen und deren Stigmatisierung zu Gefährdern als Normalität zu bezeichnen, lässt ein groteskes Menschenbild vermuten. Die geforderten Freiheitseinschränkungen sind zudem unverhältnismäßig, beruhen auf purer Willkür, denn sie fußen auf keiner wissenschaftlichen Grundlage. Zumindest auf keiner belastbaren!

Im Rechtsgutachten des Freiburger Staatsrechtlers Professor Dr. Dietrich Murswiek, welches im Auftrag der „Initiative freie Impfentscheidung e.V.“ erstellt wurde, wird in einer Zusammenfassung folgendes ausgeführt: „Soweit der Staat die 2G- und 3G-Regeln damit rechtfertigen will, dass sie der Minimierung der schweren Krankheitsverläufe und Todesfälle dienen, geht es nicht um Gefahrenabwehr, sondern um Optimierung des Gesundheitsschutzes im Sinne einer Risikovorsorge. Zu diesem Zweck darf nicht die Freiheit von Menschen eingeschränkt werden, die für diese Risiken nicht verantwortlich sind. Die Freiheit ist dem Einzelnen nach dem Grundgesetz kraft seiner Menschenwürde garantiert. Er erhält sie nicht erst dann von der Obrigkeit zugeteilt, wenn er beweisen kann, dass er vom Staat definierte Kriterien für seine Ungefährlichkeit erfüllt.“ Das Rechtsgutachten umfasst 111 Seiten und ist unter folgendem Link zu finden:

<https://impfentscheidung.online/wp-content/uploads/2021/10/Gutachten-Die-Verfassungswidrigkeit-des-indirekten-Corona-Impfzwangs.pdf>

Eine Impfpflicht durch die Hintertür ist perfide und menschenunwürdig. Auch im Anspruch einer evidenzbasierten Medizin zeigt sich die Impfung gegen Covid-19 als fragwürdig, da die Wirksamkeit der Vakzine hinter den Verheißungen zurückgeblieben ist. Die Risiken und Langzeitfolgen sind weiterhin unabsehbar und können auch mittels bloßer Behauptungen nicht negiert werden. Nun wird schon eine dritte Impfung – kurz nach Einführung der Impfkampagne – empfohlen, was den schlechten Wirkungsgrad dieser mRNA-Impfung verdeutlicht.

Ebenso perfide ist die Abwälzung der Zwangsmaßnahmen auf die gewerbetreibenden Unternehmen. Nach der verheerenden Lockdown-Politik der Regierungen in Bund und Ländern, den Nudging-Strategien, dem schrittweisen Verschieben von Grenzen der Output-Legitimation politischen Handelns, werden nun Restaurants, Hotellerie, Veranstaltungsbranche, Diskotheken, Clubs, Ladengeschäfte usw. dazu genötigt, als Erfüllungsgehilfen in einer Willkürpolitik zu dienen.

Der von Ihnen eingeschlagene und unterstützte Weg führt zu weiterer Spaltung unserer Gesellschaft. Ganze Familien und Belegschaften in Unternehmen werden entzweit. Dies schadet unserem Gemeinwohl und unserer Ökonomie. 2G-Regeln greifen in das Recht auf Arbeit und in den Kündigungsschutz ein. Wo soll diese Entwicklung hinführen?

Die Apartheidpolitik ist sofort zu stoppen.

Als Person des öffentlichen Lebens und politischer Amtsinhaber sind Sie in der besonderen Verantwortung, Ihre Entscheidungen und Handlungen einer sorgfältigen Gewissensprüfung zu unterziehen. Herr Burkhard Jung, kehren Sie zurück auf den Boden unseres Grundgesetzes! Treten Sie ein für Rechtstaatlichkeit und Gewaltenteilung! Fordern Sie, anstatt 2G-Regeln im öffentlichen Raum, den wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs! Sich dem Debattenraum zu verschließen ist undemokratisch! Stellen Sie sich gegen Ausgrenzung und Apartheid!

Kerry Charles Cherki
dieBasis Direktkandidat zur Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis 152, Leipzig I
Stellvertretender Vorsitzender im Bezirksverband Nordsachsen

Günter Brötzmann
Vorstand im dieBasis Landesverband, Unternehmer

Dr. Christoph Heinritz-Bechtel
dieBasis Direktkandidat zur Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis 165, Zwickau, Arzt

Mitzeichnung des Offenen Briefes an Burkhard Jung:

1. Christoph Nöthlings – Übersetzer, Leipzig
2. Grit Wolkowicz – Redakteurin, Leipzig
3. Bärbel Wolkowicz – Rentnerin, Eisenberg
4. Thomas Wolkowicz – Rentner, Eisenberg
5. Christel Spenn – Leipzig
6. Astrid Hartje – Leipzig
7. Markus Krohn – Dipl.-Tonmeister, Leipzig
8. Pia Rodriguez Rivero
9. Heike Timm – Leipzig
10. Heinrich Eickers – Angestellter, Trebsen
11. Ilona Vogel – Leipzig
12. Jürgen Vogel – Leipzig
13. Michael Schlabes – Orchestermusiker
14. Silvio Angelmi – Theaterhandwerker
15. Ugo d'Orazio
16. Gerald Wandt – Verkehrsingenieur, Markkleeberg
17. Karin Rauch – Unternehmerin, Leipzig
18. Frank Exter – Freiberufler, Leipzig
19. Dennis Hübner – Lokführer, Leipzig
20. Myriam Kuntze
21. Annett Stein
22. Sabine Luck
23. Beate Schelmat von Kirchbach – Pfarrerin i.R.
24. Jeannette Sturm – Unternehmerin, Leipzig
25. Achim Fest – Unternehmer, Ingenieurbüro für Arbeitssicherheit i.R., Leipzig
26. Veronika Haufe-Rush – Pfrn. und Klinikseelsorgerin i.R.
27. Jörg Neumann – Elektroinstallateur, Markkleeberg
28. Anja Moritz – Geschäftsführerin, Leipzig
29. Ilka Wolkowicz – Referentin Transportabrechnung, Kitzscher
30. Tobias Zeuner – Dispatcher, Kitzscher
31. Burkhardt Platek – Immobilien Makler, Bad Salzungen
32. Torsten Bindel – CNC Fräser, Hörselberg-Hainich
33. Steffi Müller – Flöha
34. Norbert Martis – Unternehmensberater, Heidenheim


35. Michael Appel – Baumpfleger, Eisenach
36. Gunter Hellmann – Dresden
37. Wolfgang Pätzold – Chemnitz
38. Ramona Schneider – dieBasis Mitglied
39. Ronny Marx – Angestellter, Adorf (Erzgebirge)
40. Carmen Hübner
41. Corinne Günther – Chemnitz
42. René Schneider – Malermeister, Chemnitz
43. Antje Heinsohn – Ethnologin und Arzthelferin, Leipzig
44. Robert Anke – Sportlehrer, Leipzig
45. Thomas Linke – Bauingenieur, Leubsdorf
46. Ulrich Franke
47. Heike Hille
48. Kathrin Posim
49. Clemens Poldrack
50. Toralf Heinzke
51. Clemens Dohlich
52. Henry Schulze
53. Torsten Löffler
54. Matthias Bosch
55. Daniela Trittmacher
56. Annett Thannert
57. Cordula Eggert – Produktionsarbeiterin, Eisenach
58. Kathleen Schrön – Pharmazeutisch-technische Assistentin (PTA), Bad Salzungen
59. Karin Griesam – Rentnerin, Bad Salzungen

Städte fordern Ausdehnung von X +

https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2021/staedte-fordern-ausdehnung-von-2g-zugangsregeln

Deutscher Städtetag Über uns Themen Positionen Publikationen

Die Städte fordern mehr Corona-Zugangsregeln nur für Geimpfte und Genesene bei Freizeiteinrichtungen im Herbst und Winter.



"Wir müssen alles tun, um noch mehr Menschen fürs Impfen zu motivieren und die Impfquote zu steigern"

Städte fordern Ausdehnung von X +

https://www.staedtetag.de/presse/pressemeldungen/2021/staedte-fordern-ausdehnung-von-2g-zugangsregeln 80%

Deutscher Städtetag Über uns Themen Positionen Publikationen Presse

sagte der **Präsident des Deutschen Städtetages, Burkhard Jung**, der Deutschen Presse-Agentur. Er appelliere an alle Länder, 2G-Regelungen für den Freizeitbereich zu treffen. "Das schafft mehr Sicherheit und Normalität für ganz viele Menschen", sagte Jung, der auch Oberbürgermeister von Leipzig ist. Ein negativer Test kann dann für den Zutritt nicht reichen.

Mehrere Bundesländer haben für Veranstalter eine 2G-Regel als Option eingeführt - ergänzend zum generellen 3G-Modell, also Zugang zu bestimmten Innenräumen nur für Geimpfte, Genesene und Getestete.

Jung sagte, 2G-Regelungen würden zum Beispiel fürs Kino, für Clubs, Konzerte oder Fitnessstudios gebraucht. Dies könne auch die Gefahr für Infektionen bei Kindern reduzieren, die unter 12 Jahren noch nicht geimpft werden könnten. "Wir müssen damit rechnen, dass im Herbst und Winter die Zahl der Corona-Infektionen steigt, vor allem bei Ungeimpften. Wir wollen aber auf keinen Fall, dass dann wieder Schulen und Kitas geschlossen werden müssen."

Der Städtetag forderte außerdem 2G-Regeln für bestimmte Beschäftigte. "Wir begrüßen, dass Arbeitgeber den Impfstatus in sensiblen Berufen, in denen besonders schutzbedürftige Menschen betreut werden, abfragen dürfen", sagte Jung. Die Städte gingen aber noch einen Schritt weiter. "Wir erwarten, dass sich die Beschäftigten im pädagogischen Bereich, zum Beispiel in Kitas, Schulen und Wohngruppen, aber auch in Krankenhäusern und in der Pflege impfen lassen." Die Länder sollten dort 2G für das Personal zur Voraussetzung machen, um hineinzukommen.

Der SPD-Politiker mahnte, alles zu tun, "um durch eine höhere Impfquote und 2G vor allem Kinder und kranke oder pflegebedürftige Menschen zu schützen." So komme man gut durch den Winter. "Dann können wir uns wieder mehr Normalität erlauben und auch Weihnachtsmärkte besuchen. Und dann können wir wahrscheinlich im nächsten Frühjahr die Pandemie weitgehend hinter uns lassen."

Mit freundlicher Genehmigung der dpa, Deutsche Presse-Agentur, Hamburg, www.dpa.de